

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit
(16. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Lukas Köhler, Frank Sitta, Grigorios
Aggelidis, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/24631 –**

**Anpassung an den Klimawandel – Potentiale der Digitalisierung, Gentechnik
und sozialen Marktwirtschaft nutzen**

A. Problem

Die Antragsteller haben einen Antrag eingebracht, mit dem der Deutsche Bundestag die Bundesregierung u. a. dazu auffordern soll, den Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens nachzukommen und die Pariser Klimaziele durch eine Mengengrenzung von CO₂ und Ausweitung des EU-ETS auf alle Sektoren, schnellstmöglich auf die Bereiche Verkehr und Wärme, sicher zu erreichen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/24631 abzulehnen.

Berlin, den 10. Februar 2021

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit

Sylvia Kotting-Uhl
Vorsitzende

Dr. Anja Weisgerber
Berichterstatterin

Klaus Mindrup
Berichterstatter

Karsten Hilde
Berichterstatter

Dr. Lukas Köhler
Berichterstatter

Lorenz Gösta Beutin
Berichterstatter

Lisa Badum
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Anja Weisgerber, Klaus Mindrup, Karsten Hilse, Dr. Lukas Köhler, Lorenz Gösta Beutin und Lisa Badum

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 19/24631** wurde in der 194. Sitzung des Deutschen Bundestages am 25. November 2020 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag beinhaltet im Wesentlichen, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung dazu auffordern soll,

1. den Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens nachzukommen und die Pariser Klimaziele durch eine Mengenbegrenzung von CO₂ und Ausweitung des EU-ETS auf alle Sektoren, schnellstmöglich auf die Bereiche Verkehr und Wärme, sicher zu erreichen;
2. den EU-ETS auch auf die Land- und Forstwirtschaft auszuweiten,
3. natürliche Ressourcen als Grundlage für den Zugang zu Nahrung, Wasser, Bildung, Gesundheit und ein würdevolles Leben zu schützen;
4. die Ausrichtung der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS) strategischer zu gestalten und mehr Raum für Ideenwettbewerb, Innovation, Digitalisierung und privatwirtschaftliche Initiativen zu schaffen;
5. die Vergleichbarkeit von Informationen auf europäischer und internationaler Ebene voranzutreiben;
6. zur Finanzierung absehbarer Auswirkungen des Klimawandels ein Konzept zu erstellen, wie der Versicherungsschutz insbesondere der Hausrat- und Elementarschadenversicherungen erhöht werden kann und somit im Schadensfall finanzielle Absicherung zu gewährleisten;
7. die Chancen von neuen Züchtungsmethoden anzuerkennen und eine auf wissenschaftlichen Tatsachen basierende, differenzierte Bewertung dieser Zukunftstechnologie sicherzustellen;
8. auf europäischer Ebene für eine grundsätzliche Überarbeitung des EU-Gentechnikrechts einzutreten und das deutsche Gentechnikrecht entsprechend anzupassen;
9. sich bei der COP 26 dafür einzusetzen, dass die notwendigen Voraussetzungen für eine Zusammenarbeit der Vertragsstaaten bei der Umsetzung ihrer Klimaschutzziele nach Artikel 6 des Pariser Abkommens geschaffen werden, um Ambitionssteigerungen bei national gesetzten Ziele zu ermöglichen;
10. weiterhin über die Verhandlungen zu Artikel 6 menschenrechtliche Belange, social and environmental safeguards sowie einen Grievance-Mechanismus zu etablieren;
11. sich national und international für den Aufbau von Frühwarnsystemen und Katastrophenvorsorge einzusetzen;
12. internationale Unterstützung zum Resilienzaufbau zu leisten, um die Widerstandsfähigkeit besonders gefährdeter Landstriche und Bevölkerungsgruppen gegenüber klimatischen Extremereignissen zu stärken.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Energie** hat in seiner 105. Sitzung am 10. Februar 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/24631 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 84. Sitzung am 10. Februar 2021 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP empfohlen, den Antrag auf Drucksache 19/24631 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit hat den Antrag auf Drucksache 19/24631 in seiner 96. Sitzung am 10. Februar 2021 abschließend beraten.

Die **Fraktion der FDP** stellte ihren Antrag vor und wies auf den steigenden Druck durch den Klimawandel sowohl auf nationaler als auch internationaler Ebene hin. Die Zielsetzung sei, die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen. Dafür sei es notwendig, Reduktion auf der einen Seite und Speicherung von CO₂ auf der anderen Seite voranzubringen. Auch müsse die Diskussion zur Anpassung und zur Anpassungsstrategie bereits heute beginnen, wobei es schon viele Entwicklungen gebe, aber noch viele Neuerungen erforderlich seien. So müsse man sich sowohl in der Landwirtschaft, als auch in der Vorausschau auf zu erwartende Hochwasserschäden, Dürreperioden und Extremwetter auf die Veränderungen in Flora und Fauna einstellen. Ebenso gehe es um die Frage von gesundheitlichen Einschränkungen.

Der Antrag enthalte unterschiedliche Vorschläge zur deutschen Anpassungsstrategie. Die Fraktion hob hierbei die Möglichkeiten der Genschere „CRISPR“ bei der Veränderung von Pflanzen hervor. Diese Methode könne für die Ernährung und für die Entwicklung von Möglichkeiten, Pflanzen vor Ort an die Gegebenheiten anzupassen, sehr große Fortschritte erzielen. Hierbei gebe es Probleme aber auch große Chancen, die genutzt werden sollten. Insgesamt müsse man bei der Anpassungsstrategie noch weiter vorankommen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** führte aus, dass der Klimawandel und seine Folgen in Deutschland bereits spürbar seien. Daher müssten die Klimaziele weiter konsequent verfolgt und das Klimapakete konsequent umgesetzt werden. Der Klimaschutzbericht 2019 zeige, dass Deutschland in vielen Bereichen auf einem guten Weg sei. Notwendig sei es, in allen Bereichen die Sektorziele einzuhalten. Man sehe, dass der Emissionshandel seine Wirkung entfalte, der Zertifikatspreis deutlich ansteige und aufgrund des hohen Zertifikatspreises die CO₂-Emissionen konsequent abgesenkt würden.

Die Fraktion betonte aber auch, dass sich das Klima weiter verändern werde, auch wenn es gelänge, die Pariser Klimaziele zu erreichen. Daher sei es erforderlich, die Klimaanpassung im Fokus zu behalten. Hierbei stimmte sie den Antragstellern bei der Forderung nach Resilienz zu, wies aber auf die Klimaanpassungsstrategie des Bundes hin. Man müsse sich auf den Klimawandel in allen Sektoren vorbereiten. Auch würden die Antragsteller in ihrer Ansicht unterstützt, dass es auf internationaler Ebene gelingen müsse, einen Verhandlungserfolg beim Artikel sechs des Übereinkommens von Paris zu erzielen, weil es dann gelingen werde, die Entwicklungs- und Schwellenländer in diesem Prozess mitzunehmen. Für die Industrieländer gebe es den doppelten Anreiz, in diese Länder zu investieren, da sie die Investitionen dann auch auf ihr eigenes Klimaziel angerechnet bekämen. Weiter führte die Fraktion der CDU/CSU aus, dass der entscheidende Schritt nach vorne durch den Emissionshandel in den Sektoren Wärme und Verkehr gelingen werde, der auf nationaler Ebene eingeführt worden sei und auf die europäische Ebene ausgeweitet werden müsse. Die Fraktion der CDU/CSU sah es aber als kritisch an, alle Sektoren in den bestehenden europäischen Emissionshandel einzubeziehen, da die CO₂-Vermeidungskosten sehr unterschiedlich hoch seien. Auch eine Einbeziehung der Landwirtschaft müsse genau überlegt werden, da es Unterschiede gebe zwischen den emittierenden Tierhaltern und der Wald- und Forstwirtschaft und dem Ackerbau, wo auch CO₂ gebunden werde. Mit der Schlechterstellung einiger Landwirte könne es zu Verwerfungen in der Landwirtschaft kommen. Daher könne dem Antrag nicht zugestimmt werden, auch wenn dieser Aspekte enthalte, über die man diskutieren müsse und die der Bund auch angehen werde.

Die **Fraktion der AfD** betonte ihre Ansicht, dass der Klimawandel ein natürliches Phänomen sei, an das sich die Menschheit immer angepasst habe. Erst in der heutigen Zeit glaube man, dass man das Klima beeinflussen könne. Das Klima seien nach der Definition der Weltorganisation für Meteorologie lokale Wetterdaten, auf 30 Jahre gemittelt. Um das Klima zu verändern, müsse man das Wetter verändern, was aber nicht möglich sei.

Die Fraktion befürwortete die Anpassung an den Klimawandel und forderte die Einrichtung eines Klimawandel-folgenanpassungsfonds, der zukünftigen Generationen ermöglichen solle, sich gegen eventuelle negative Folgen des Klimawandels zu wappnen bzw. sich anzupassen.

Die **Fraktion DIE LINKE** erklärte, sie sehe die im Antrag der FDP-Fraktion geforderte Ausweitung des Emissionshandels auf die Bereiche Verkehr und Wärme bekanntermaßen kritisch. Dies könne man bereits gegenwärtig am Beispiel des CO₂-Preises beobachten, weil soziale Aspekte unbeachtet blieben. So könnten beispielsweise Mieter steigenden CO₂-Preisen nicht ausweichen, während die klimapolitische Wirkung dieses Instruments hochumstritten sei. Deswegen brauche man an dieser Stelle mehr ordnungspolitische Maßnahmen.

Die **Fraktion der SPD** zeigte sich erfreut darüber, dass der Antrag der FDP-Fraktion die Klimakrise immerhin ernst nehme. Insofern habe man in diesem Punkt einen gemeinsamen Nenner. Der menschengemachte Klimawandel sei seriös wissenschaftlich belegt. Stimmen, die dies leugneten, seien irrig.

Deutliche Unterschiede zur FDP gebe es jedoch in der Frage, wie man gegen den menschengemachten Klimawandel vorgehen müsse. Eine Wiederbelebung der Gentechnik, wie von der FDP-Fraktion gefordert, werde von der SPD weiterhin abgelehnt. Die Fraktion der SPD hielt der FDP zudem vor, sie fokussiere sich zu einseitig auf den Emissionshandel. Zwar lehne auch die SPD den Emissionshandel nicht ab und habe ihn unterstützt. Das Wesentliche am Emissionshandel sei aber, dass dieser ein Cap, also eine Deckelung, habe. Zudem müsse man zur Kenntnis nehmen, dass es innerhalb des Emissionshandels in Europa lange Zeit auch kostenfreie Zuteilungen gegeben habe bzw. immer noch gebe. Ohne den Ausbau der erneuerbaren Energien hätte man die kostenlosen Zuteilungen nicht abbauen können. Man müsse daher neben dem Emissionshandel immer auch andere Technologien voranbringen. Die FDP übersehe zudem die Schwierigkeiten, die es mit dem Emissionshandel gebe. So sei die Preissensibilität zwischen der produzierenden Industrie und dem Verkehr sehr unterschiedlich. Hier müsse man differenzieren und brauche ein klares Konzept. Auf europäischer Ebene werde hierzu gerungen – Stichworte seien in diesem Kontext Themen wie Carbon Contracts for difference – also Hilfe für Unternehmen bei der Umstellung, sowie Grenzbesteuerung anhand des CO₂-Rucksacks.

Auch werde die notwendige Transformation der energieintensiven mittelständischen Industrie in Deutschland nur unterkomplex in dem FDP-Antrag adressiert.

Die SPD-Fraktion erklärte, dass auch die CO₂-Bepreisung nicht immer zielgerichtet sei. Beispielsweise gebe es Baustoffe, die bis zu 95 oder gar 100 Prozent von der CO₂-Bepreisung befreit seien. Deswegen stünden beispielsweise Baustoffe wie Zement in Wettbewerb mit dem Baustoff Holz, der deutlich günstiger sei. Gleichzeitig müsse man den europäischen Zement vor Dumping-Importen schützen.

All diese wichtigen Fragestellungen würden in dem FDP-Antrag nicht oder nur unzureichend behandelt, weshalb die Fraktion ankündigte, den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** begrüßte die Grundidee des FDP-Antrags, bemängelte aber, dass in dem Antrag zu wenig konkrete Vorschläge gemacht würden. Die Klimakrise sei in Deutschland angekommen. Man habe zuletzt drei Dürresommer in Folge erlebt. Fichtenmonokulturen hätten dem Borkenkäfer nicht mehr trotzen können. Aber auch extreme Kaltwetterlagen wie gegenwärtig könnten in Zusammenhang mit der Klimakrise gesehen werden. Die finanziellen Folgen der Klimakrise seien enorm. Germanwatch habe die Klimaschäden im Jahr 2018 für Deutschland auf 4,5 Milliarden Euro beziffert. Besorgniserregend sei, dass die Bundesregierung die Klimaschäden immer noch nicht beziffern könne und es keine systematische Strategie im Umgang mit dieser dramatischen Krise gebe. Immerhin sei es zu begrüßen, dass sich die Bundesregierung vorgenommen habe, mit der Anpassungsstrategie eine Kosten-Nutzen-Bewertung zu Klimawandelschäden aufzustellen, gewissermaßen ein bundesweites Klimaschadenskataster. Sie frage, wann mit ersten Ergebnissen hierzu seitens der Bundesregierung zu rechnen sei und welche Institution mit dem Aufbau dieses Katasters betraut werden solle. Sie erkundigte sich zudem, wann die Bundesregierung einen nationalen Hitzeaktionsplan entwickle, damit in den Städten die entsprechenden Grünflächen und Bewässerungssysteme vorgehalten würden, um einem bevorstehenden Hitzesommer gut vorbereitet entgegen zu gehen.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hielt der Bundesregierung vor, in dem Klimaschutzbericht 2020 werde bilanziert, dass zwischen 2014 und 2019 40 Prozent weniger CO₂ als vorgesehen eingespart worden seien. Gleichwohl behaupte die Bundesregierung in ihrer Presseerklärung, dass die Maßnahmen des Aktionsprogramms „Klimaschutz 2020“ Wirkung zeigten. Es sei daher fragwürdig, wie diese Aussage der Bundesregierung mit der Realität zusammenpasse.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP zu empfehlen, den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 19/24631 abzulehnen.

Berlin, den 10. Februar 2021

Dr. Anja Weisgerber
Berichterstatlerin

Klaus Mindrup
Berichterstatter

Karsten Hilde
Berichterstatter

Dr. Lukas Köhler
Berichterstatter

Lorenz Gösta Beutin
Berichterstatter

Lisa Badum
Berichterstatlerin

